

EIN KOMPASS FÜR PROGRESSIVE POLITIK

In bundesweit über **1.200 Diskussionsrunden** haben Bürgerinnen und Bürger Ideen für sozialen, demokratischen und ökologischen Fortschritt entwickelt. Über die Ergebnisse haben über **75.000 Menschen** online abgestimmt. Herausgekommen ist ein Kompass für progressive Politik – mit **10 Forderungen** an die nächste Bundesregierung.



Bewegt Politik
campact!



Aufbruch 2017: SO WOLLEN WIR LEBEN

Wir haben die Wahl. Zehntausende Bürgerinnen und Bürger haben 10 Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert. Das Ergebnis: ein Kompass für progressive Politik, ein Aufruf zu mutigen Antworten auf die Krisen unserer Zeit. Warum sich jetzt etwas ändern muss – und was bei dieser Wahl auf dem Spiel steht.

Die Bundestagswahl fällt in eine stürmische Zeit: Die Krisenherde am Persischen Golf, im Südchinesischen Meer und auf der koreanischen Halbinsel drohen in Kriege umzuschlagen. Bürgerkriege wüten in Nahost. Der Hunger am Horn von Afrika treibt Hunderttausende in die Flucht. Staatschefs wie Wladimir Putin, Recep Erdoğan oder Donald Trump rütteln an den Grundfesten der Demokratie. Der Kampf gegen das Klimachaos lahmt. Und Europa driftet angesichts von Euro-Krise, Brexit und Rechtspopulismus auseinander.

In dieser chaotischen Welt erscheint Deutschland als Insel der Glückseligkeit, mit Kanzlerin Angela Merkel als Garantin von Sicherheit und Wohlstand. Und so schleppt sich auch der Wahlkampf dahin: Als ginge es um nichts. Doch dieser Eindruck ist gefährlich. Er überdeckt: Denn auch in Deutschland wachsen die Probleme – und an den Krisen anderer Länder sind wir nicht unbeteiligt.

WIR BRAUCHEN DIE WAHL

Weil die Krisen auch nach Deutschland überschwappen. Schon heute stranden Millionen Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben werden, an den Grenzen Europas. Das nützt Rechtspopulisten wie der AfD, die ihr Leid schamlos ausnutzen, um Hass zu sähen und die Politik vor sich herzutreiben. Damit bedienen sie jene Eskalationsdynamik, die Terroristen in Europa und anderswo lostreten wollen. Auch Europa wankt: Zerbricht die EU, wird es weit schwerer, transnationalen Konzernen mit gemeinsamen Regeln Grenzen zu setzen. Kollabiert der Euro, erwarten Deutschland als Exportchampion eine schwere Rezession und hohe Arbeitslosigkeit.

Weil der Wind auch in Deutschland rauer wird.

Die deutsche Wirtschaft wächst, doch damit auch der Niedriglohnsektor. Deutschland spaltet sich immer weiter in Arm und Reich. Gleichzeitig drücken Digitalisierung und globaler Wettbewerb auf die Arbeitswelt und stellen viele Jobs in Frage. Befristete Verträge, Leiharbeit, der Stress am Arbeitsplatz nehmen zu.

Die Agenda 2010 hat die wirtschaftliche Unsicherheit weiter erhöht: Wer seinen Job verliert, schrammt mit Hartz IV schnell am Rande des Existenzminimums. Selbst Teile der Mittelschicht plagen Abstiegsängste.

Weil Angela Merkel es sich als Bundeskanzlerin bequem gemacht hat.

Unter ihrer Führung haben die Regierungen der vergangenen Jahre viele Probleme einfach ausgesessen. Hohe Vermögen zu besteuern, trauten sie sich nicht. Kinderarmut in einem reichen Land nahmen sie in Kauf.

Und weil die Regierung die Rüstungskonzerne kaum bremst, schießen Bürgerkriegsmilizen auch mit deutschen Gewehren und Konfliktparteien am Persischen Golf bewaffnen ihre Arsenale mit deutschen Panzern.

Die Ex-Klimakanzlerin verschiebt den dringend notwendigen Umstieg auf eine klimafreundliche Wirtschaft und bremst Erneuerbare Energien aus. Dabei schürt der Klimawandel schon heute jene Hungersnöte, die Millionen in die Flucht schlagen.

Die Bilanz: Die Große Koalition war zur Lösung der großen Probleme nicht in der Lage.

Weil die Bundesregierung die Probleme noch verschärft.

Dass weltweit die Unsicherheit wächst, ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis falscher Politik – besonders von Deutschland. Seit Jahren erzwingt die Bundesregierung europaweit eine Sparpolitik, die die europäische Wirtschaft schädigt und einseitig die Bevölkerung der Krisenländer trifft.

Europas neoliberale Handelspolitik, maßgeblich gestützt von Kanzlerin Merkel, verschiebt die Macht über unser Gemeinwesen immer weiter in Richtung Konzerne. Schiedsgerichte untergraben Parlamentsbeschlüsse. Handelsabkommen höhlen Umweltstandards und soziale Rechte aus. Gleichzeitig kämpfen Millionen afrikanischer Bäuerinnen und Bauern um



ihre Existenz, weil sie gegen Europas Agrarexporteure nicht konkurrieren können.

All das muss sich ändern: Doch Kanzlerin Merkel und die von ihr geführten Regierungen sehen seit Jahren nicht ein, dass ihre Entscheidungen selbst eine wichtige Ursache für die großen Probleme unserer Zeit sind. Große Probleme, die auch Wohlstand und Sicherheit in Deutschland massiv in Frage stellen. Die letzte Legislaturperiode steht für vier Jahre verschenkte Zeit.

WIR WOLLEN DIE WAHL

Deutschland auf Autopilot. Ein einfaches »Weiter so!« können wir uns nicht leisten. Denn so verständlich in diesen unruhigen Zeiten der Wunsch sein mag, möglichst wenig zu ändern, sich am Bestehenden festzuklammern, auf Stabilität zu setzen- das ist der falsche Weg. Denn Stabilität heißt in diesem Fall: Die Probleme nicht lösen, sie weiter eskalieren lassen und somit an dem Ast zu sägen, auf dem wir selbst sitzen.

Wir stehen vor der Wahl: Setzen wir weiter auf Stillstand, gegen den sich die Rechtspopulisten als einzige echte Opposition stilisieren können? Droht mit Schwarz-Gelb sogar ein neoliberaler Rückschritt, der die Krise in Europa verschärft, die Ungleichheit vergrößert, noch mehr unfairen Handel durchsetzt und weniger Klimaschutz erlaubt? Oder raffen wir uns auf, packen es an, verändern die Politik und setzen uns für ein gutes Leben für alle ein – in Deutschland wie weltweit?

Viele Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren genau das getan: Sie haben sich aufgerafft. Sie haben zu Hunderttausenden demonstriert, gegen unfairen Welthandel, gegen die Macht der Agrarkonzerne, gegen die klimaschädliche Kohlekraft. Sie haben Menschen auf der Flucht beim Ankommen geholfen – während die Politik überfordert schien. Sie haben sich in ihren Betrieben zusammengeschlossen und für erträgliche Arbeitsbedingungen gekämpft.

WIR SCHAFFEN DIE WAHL

Knapp zehntausend Bürgerinnen und Bürger haben in bundesweit 1200 Diskussionsrunden eine Vision entwickelt, wie es besser geht. Über 75 000 Menschen haben sich online in die Diskussion eingebracht. Mit 10 Forderungen geben sie die Richtung für nötige Veränderung vor – ein Kompass für progressive Politik.

Ihre Botschaft: Um in stürmischen Zeiten für Sicherheit zu sorgen, dürfen wir nicht stehen bleiben. Denn Stillstand bedeutet Rückschritt. Wir brauchen sozialen, demokratischen und ökologischen Fortschritt. Für ein Land, in dem jeder Mensch mit gleicher Würde die gleiche Freiheit genießen kann. Ein Land, das seinen fairen Beitrag zur Lösung der großen Fragen unserer Zeit leistet. Mit einer Regierung, die Probleme nicht aussitzt, sondern anpackt.

Unser Kompass zeigt nicht nur in Richtung einer Vision, wie ein besseres Leben für alle aussehen könnte. Sondern er formuliert auch ganz konkrete Maßnahmen, die schon die nächste Bundesregierung verbindlich umsetzen könnte. Denn selbst die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt.

Wir wollen, dass im Wahlkampf engagiert über die großen Herausforderungen unserer Zeit gestritten wird. Dass Unterschiede und Alternativen sichtbar werden. Dass Politik auch den Mut hat, unbequeme Wahrheiten anzugehen.

Wir gehen voran. Das hier ist unser Aufbruch – sind Sie dabei?

Mit dem Aufbruch 2017 setzen sich über 75 000 Compact-Aktive für progressiven Wandel ein.

Mehr Informationen und eine Langversion dieses Textes finden Sie unter www.compact.de/aufbruch-2017



10 FORDERUNGEN FÜR SOZIALEN, DEMOKRATISCHEN UND ÖKOLOGISCHEN FORTSCHRITT

SOZIALER FORTSCHRITT

Ein gutes Leben für alle sichern

1. Das Gesundheitssystem nachhaltig und gerecht gestalten.
2. Eine auskömmliche Rente einführen.
3. Den Bahnverkehr attraktiver machen.

DEMOKRATISCHER FORTSCHRITT

Faire Regeln für alle durchsetzen

4. Lobbyismus bekämpfen, z.B. durch ein zentrales Lobbyregister.
5. Keine undemokratischen und unfairen Freihandelsabkommen abschließen.
6. Steuerflucht konsequent verfolgen und bestrafen.

ÖKOLOGISCHER FORTSCHRITT

Den Krisen zuvorkommen

7. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv beschleunigen.
8. Einen schnellen Ausstieg aus der Kohle verankern.
9. Massentierhaltung einschränken.
10. Plastikmüll reduzieren.